

FORDERUNGEN



Öffentliche Räume sollten unter echter Beteiligung geplant werden, indem verschiedene Gruppen an den Tisch eingeladen werden und ihre Meinungen berücksichtigt werden. Wenn es eine Entscheidung der Bevölkerung zur Erhaltung des Tempelhofer Feldes gab, dann sollte diese Entscheidung respektiert werden. Wenn die Menschen gegen die Umzäunung und Schließung des Görlitzer Parks in der Nacht sind, dann sollte man ihnen Gehör schenken und eine andere Lösung finden. Darüber hinaus sollte die Beteiligung nicht nur an der Anzahl der Personen gemessen werden, die sich zu Wort gemeldet haben – die Stimmen, die am meisten zählen, sind die derjenigen, die von den Machtstrukturen der Gesellschaft unterdrückt werden. Dies sollte auch in kleinerem Maßstab geschehen. Wenn Designer*innen einen Calisthenics-Park planen, wenn sie die Höhe der Stangen, die Dicke, die Materialien auswählen, an welche Körper denken sie dann? Spielen unterschiedliche Körperformen eine Rolle: klein, dick, nicht sportlich, behindert? Fragen sie verschiedene Gruppen, was sie von öffentlichen Sportanlagen erwarten? Oder nehmen sie den körperlich gesunden weißen Cis-Mann als Standard und gewähren nur Cis-Männern das Privileg, Outdoor-Sportanlagen zu nutzen?

FEMINIST SPACES
COLLECTIVE

Kommentare für Berlins Politiker und Verwaltungsbeamte für 2026/27

Hannah Alongi: Die Wohnungskrise ... bezahlbaren Wohnraum schaffen und sinnvolle Wohnungsbauregelungen einführen. So kann die Stadt weiterhin eine Vielfalt an Denker*innen und Künstler*innen anziehen. Die Instabilität des Wohnraums ist eine der Hauptursachen für Sucht, psychische Probleme und andere schwächende Krisen, mit denen Künstler*innen hier in Berlin konfrontiert sind.

Jeremy Knowles: Ich beende gerade mein Masterstudium und mache mir Sorgen darüber, wie meine Zukunft in Berlin nach meinem Abschluss aussehen wird. Es wird immer schwieriger, als Künstler in Berlin finanziell zu überleben. Wie viele Freiberufler erhole ich mich finanziell immer noch von den Auswirkungen der COVID-Pandemie – ich zahle das Geld zurück, das mir die IBB „gegeben“ hat, um meine Miete zu bezahlen und Lebensmittel zu kaufen. Seit 2022 sind die Lebenshaltungskosten aufgrund der Inflation in die Höhe geschossen. Und jetzt hat die Regierung die Mittel für die Kunst gekürzt. Wie sollen wir weiterarbeiten und unseren Beitrag leisten?

Die Mittel für die Kunst sollten wieder aufgestockt und gestärkt werden, mehr Kunstjobs an Universitäten und Kunstinstitutionen wie Galerien und Museen sollten gefördert werden, und es sollten neue Initiativen ins Leben gerufen werden, um die finanziellen Auswirkungen der Inflation auf Freiberufler*innen abzumildern.

Katya Romanova: Kunst zu schaffen und sich an urbanen Projekten in Berlin zu beteiligen, hängt oft davon ab, dass man über Freizeit verfügt und/oder sich einer oft unbezahlten oder nur gering bezahlten Arbeit widmen kann. Die Teilnahme selbst ist ein Privileg – sie ist möglich, wenn man über Freizeit verfügt, die Sprache der Bürokratie versteht und ein stabiles Einkommen hat. Freizeit ist ein Privileg. Diese Realität muss anerkannt werden, und weniger privilegierte Gruppen sollten aktiv unterstützt werden, damit auch sie die Möglichkeit zur Teilnahme haben.

**JEREMY KNOWLES/
HANNAH ALONGI/
KATYA ROMANOVA**

Kulturabbau = Demokratieabbau

Die derzeitige Politik bevorzugt in erster Linie kommerziellen Interessen und vernachlässigt grundlegende gesellschaftliche, kulturelle, ökologische und bildungspolitische Anliegen. Wie würde eine Politik aussehen, die Gemeinwohl und Klimagerechtigkeit im Fokus hat? Der Rückbau von Kulturförderung und sozialer Unterstützung deutet auf eine Gesellschaftsvision hin, die auf Effizienz und Profitmaximierung statt auf Solidarität, Vielfalt und Partizipation setzt.

Kultur ist ein Grundpfeiler demokratischer Teilhabe. Werden kulturelle Strukturen abgebaut, schwindet die Möglichkeit für Bürgerinnen und Bürger, ihre Meinungen frei zu äußern, gesellschaftliche Missstände zu thematisieren und konstruktiv miteinander in Dialog zu treten. Ein Abbau kultureller Infrastruktur schwächt die Zivilgesellschaft, untergräbt Meinungsvielfalt und öffnet autoritären Tendenzen Tür und Tor.

Förderprogramme für Minderheiten und marginalisierte Gruppen gleichen strukturelle Benachteiligungen aus und schaffen Räume, in denen diese Stimmen gehört werden. Werden diese Förderungen gestrichen, werden gesellschaftliche Ungleichheiten zementiert, wichtige Perspektiven ausgeschlossen und bestehende Machtungleichgewichte verstärkt. Demokratie verliert dadurch an Repräsentativität und Legitimation. Wir sind zeugen wie die aktive zivilgesellschaft mehr und mehr unter Repression und Kontrolle leidet. Wir müssen diese Dynamik klar benennen und ihr mit praktischen, solidarischen und zivilgesellschaftlich getragenen Lösungen entgegentreten.

Es braucht Strukturen, die auf soziale und ökologische Gerechtigkeit, Deeskalation und demokratische Teilhabe setzen und nicht auf Angst, Spaltung und Machtmissbrauch. Inmitten von Repression, sozialer Ungleichheit und autoritärer Politik gibt es Orte, Kollektive und Bewegungen, die bereits heute vorwegnehmen, wie eine andere Welt aussehen kann. Eine Welt, in der Solidarität zählt, in der ökonomische Nachhaltigkeit nicht dem Profit, sondern dem Gemeinwohl dient, in der Kultur nicht als Ware, sondern als verbindendes Element einer freien Gesellschaft verstanden wird.

Diese gelebten Utopien sind keine Träume: sie sind konkrete Praxis. Sie zeigen, dass Wandel möglich ist. Und dass die Zukunft nicht irgendwann kommt, sondern jetzt beginnt, dort wo Menschen sich zusammenschließen und Verantwortung übernehmen.

Diese Räume, Initiativen, Kollektive brauchen Respekt und Unterstützung!

CLAIRE CHAULET

Wir fordern ein Ende der Repressionen, die tagtäglich auf den Straßen Berlins stattfinden – insbesondere gegenüber migrantischen Jugendlichen. Wir stellen uns entschieden gegen die Zensur von Kulturschaffenden, gegen die Remilitarisierung und Aufrüstung, und gegen die Politik des Kaputtsparens, die öffentliche Infrastruktur zerstört, während immer mehr Geld in Polizeiausrüstung fließt.

Wir kritisieren die Verengung und den Verlust öffentlicher Räume , sei es durch politisch motivierte Angriffe auf Orte wie Oyoun oder durch finanzielle Interessen, die den Ausverkauf der Stadt vorantreiben. Berlin braucht Räume, die frei, solidarisch und für alle zugänglich sind – nicht nur für diejenigen, die sie sich kaufen können.

Wir fordern eine Stadtpolitik, die öffentliche Gelder in Bildung, Kultur, sozialen Zusammenhalt und Klimagerechtigkeit investiert, anstatt in Gewalt, Abschreckung und Privatisierung. Unsere Stadt muss ein Ort bleiben, wo kritische Stimmen gehört und nicht zum Schweigen gebracht werden, und wo sich alle frei bewegen können.

GRENZGÄNGER E . V .

In den letzten Jahren hat die Berliner Kulturszene einen erheblichen Rückschlag erlebt. Als Team standen wir kurz davor, aufzugeben und unseren Raum zu schließen. Wir betrachten unsere Arbeit als wichtigen Beitrag zur Förderung aufstrebender Künstler*innen, die keine anderen Räume oder Kanäle finden, um ihre Werke zu zeigen. Wir sind gegen die jüngsten Kürzungen der Kulturförderung und fordern die Politik auf, sich durch aktives politisches Handeln für diese Räume einzusetzen und ihre Unterstützung durch finanzielle Hilfe zu zeigen.

**THE FIX-O-TEK (THE
QA)**



Audioaufnahme zum Scannen

AMAZONEN IN BERLIN

Ich möchte ein Haus, in dem ich mein queeres mexikanisches Mixteca-Leben reichhaltig und frei leben kann, frei von Eurer Anmeldung, die eine Fiktion und ein schlechter Witz ist, frei von Eurer Bürokratie, frei von Eurem Rassismus.

DATA CRÍTICA

Wir wünschen uns von der Politik, dass die urbane Praxis im Sinne der unbedingten Teilhabe aller und die vielfältige Nutzung des Stadtraums anerkannt und geschützt wird. Die Position nicht kommerzieller Räume muss dabei gestärkt werden.

**DIE NEUE
MACHENSCHAFT**

Politische Forderungen transfeministischer Migrant*innen aus Abya Yala in Berlin

Wir, SoliSur und Ciudad Migrante, lateinamerikanische transfeministische Migrant*innenorganisationen, erheben unsere Stimme, um die vielfältigen Formen der Gewalt anzuprangern, die unser Leben in Europa prägen, und um politische Maßnahmen zu fordern, die unsere Würde, unsere Rechte und unseren Beitrag zum Aufbau einer vielfältigen und gerechten Stadt anerkennen.

1. Recht auf Stadt und sichere Räume

- **Gewährleistung von Gemeinschaftsräumen für Migrant*innen und queere Gemeinschaften, frei von der Gefahr der Vertreibung oder Kriminalisierung. Darunter verstehen wir auch unser Recht auf freie politische Versammlungen und unser Recht, in öffentlichen Räumen zu demonstrieren.**
- **Maßnahmen zur öffentlichen Sicherheit müssen Prävention und Schutz vor Rassismus, Transphobie und Fremdenfeindlichkeit Vorrang vor Strafverfolgung und Überwachung einräumen. Anerkennung selbstverwalteter Häuser und Kulturzentren als wesentliche Bestandteile des sozialen Gefüges, die Vielfalt und Demokratie verteidigen.**

2. Selbstorganisierte Räume verteidigen und finanzieren

- **Langfristige Finanzierung und Mieter*innenschutz für Gemeinschaftshäuser von Migrant*innen, Queers und Transfeminist*innen (wie Casa Marielle Franco) sichern. Zwangsräumungen und Schließungen autonomer kultureller und politischer Räume aufgrund von Sparmaßnahmen oder Gentrifizierung stoppen.**

**SOLISUR/ CIUDAD
MIGRANTE**

3. Das Recht auf öffentlichen Raum ohne Angst garantieren

- Investieren in sichere, inklusive und nicht polizeilich überwachte öffentliche Räume, in denen Migrant*innen, Queer-Personen und rassifizierte Gemeinschaften sich ohne Belästigung versammeln können. Schulung und Ausstattung von städtischen Mitarbeiter*innen (Ordnungsamt, BVG usw.), um Diskriminierung und Fremdenfeindlichkeit im öffentlichen Raum zu verhindern.

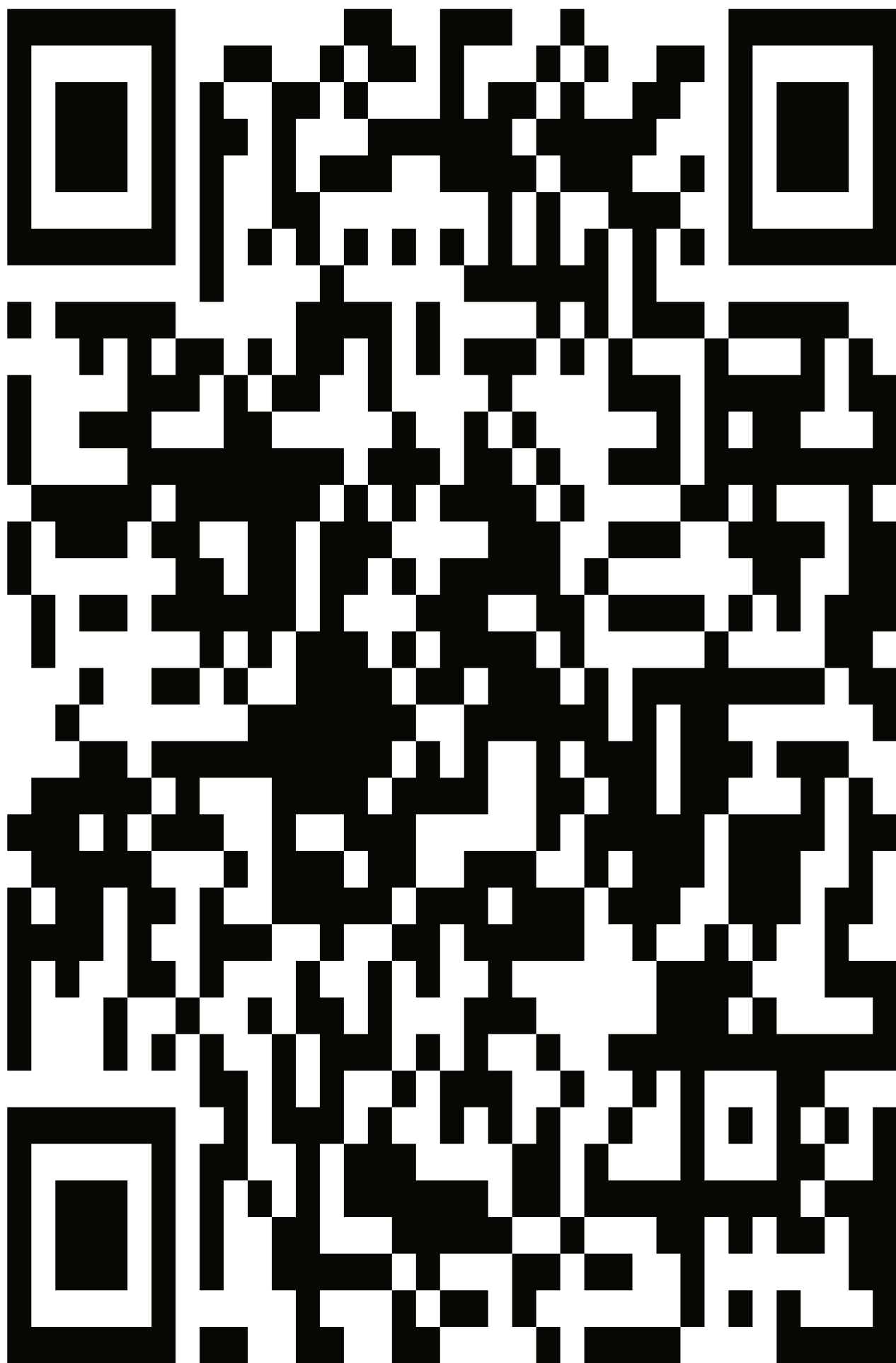
4. Intersektionale Beteiligung an der Stadtpolitik

- Einrichtung permanenter Beiräte von Migrant*innen-, Queer- und feministischen Kollektiven in Berlin, um Entscheidungen zu Wohnen, Kultur und Integration zu beeinflussen. Sicherstellung, dass Stadtplanung und Kulturpolitik eine transfeministische und postmigrantische Perspektive einbeziehen.

5. Kulturelle Anerkennung und Sichtbarkeit

- Kulturelle Projekte finanzieren, die die Erinnerungen, Kämpfe und Beiträge von transfeministischen Migrantengemeinschaften in Berlin bewahren und fördern. Sicherstellen, dass Kulturinstitutionen nicht nur mit großen NGOs, sondern auch mit Basisgruppen von Migrant*innen und Queers zusammenarbeiten.

**SOLISUR/ CIUDAD
MIGRANTE**



DEMANDOS

Public spaces would be planned with real participation, when different groups are invited to the table and their opinions matter. If there was a people's decision about preservation of the Tempelhofer Field then this decision should be respected. If people are against fencing and closing Gorlinzer Park at night time then people should be heard and another solution should be found. Moreover, participation should not be measured merely by the number of people who spoke - the voices that matter most are those of those oppressed by society's power structures. It should be happening at the smaller scale as well. When designers plan the calisthenics park, when they choose the height of the poles, the thickness, the materials, what type of bodies do they think of? Do diverse bodies matter: short, fat, not athletic, disabled? Do they ask diverse groups what they need from the public sport amenities? Or do they take the abled white cis-male body as the standard, granting only cis-men the privilege to use outdoor sports spaces?

FEMINIST SPACES
COLLECTIVE

Comments for Berlin's politicians and administrators for 2026/27

Hannah Alongi: The housing crisis... provide housing that is affordable and introduce sensible housing regulation. This is how the city continues to attract a diversity of thinkers and artists. Housing instability is a root cause of addiction, mental health issues and other debilitating crises facing artists here in Berlin.

Jeremy Knowles: I'm finishing my Master's studies currently, and I'm anxious about what kind of future I have in Berlin once I graduate. It is becoming increasingly difficult to survive financially as an artist in Berlin. Like many freelancers, I'm still recovering financially from the effects of the COVID pandemic - paying back money I was 'given' by the IBB to pay my rent and buy food. Since 2022, the cost of living has skyrocketed due to inflation. And now the government has cut funding to the arts. How are we supposed to continue working and contributing?

Bring back and strengthen funding for the arts, sponsor more arts jobs in universities and arts institutions, such as in galleries and museums, and create new initiatives to mitigate the financial impact of inflation on freelancers.

Katya Romanova: Creating art and engaging in urban projects in Berlin often depends on having free time and/or the ability to dedicate oneself to often unpaid or marginally paid work. Participation itself is a privilege — it is possible when you have free time, understand the language of bureaucracy, and have a stable income. Free time is a privilege. This reality needs to be acknowledged, and less privileged groups should be actively supported so they, too, have the opportunity to participate.

**JEREMY KNOWLES/
HANNAH ALONGI/
KATYA ROMANOVA**

Cultural decline = democratic decline

Current policy primarily favours commercial interests and neglects fundamental social, cultural, ecological and educational concerns. What would a policy focused on the common good and climate justice look like? The dismantling of cultural funding and social support points to a vision of society that focuses on efficiency and profit maximisation rather than solidarity, diversity and participation.

Culture is a cornerstone of democratic participation. When cultural structures are dismantled, citizens lose the opportunity to freely express their opinions, address social injustices and engage in constructive dialogue with one another. The dismantling of cultural infrastructure weakens civil society, undermines diversity of opinion and opens the door to authoritarian tendencies.

Support programmes for minorities and marginalised groups compensate for structural disadvantages and create spaces where these voices can be heard. If these subsidies are cut, social inequalities will be cemented, important perspectives excluded and existing power imbalances reinforced. Democracy is losing its representativeness and legitimacy as a result. We are witnessing how active civil society is increasingly suffering from repression and control. We must clearly identify this dynamic and counter it with practical, solidarity-based solutions supported by civil society.

We need structures that focus on social and ecological justice, de-escalation and democratic participation, rather than fear, division and abuse of power. Amidst repression, social inequality and authoritarian politics, there are places, collectives and movements that are already anticipating what a different world could look like. A world in which solidarity counts, in which economic sustainability serves the common good rather than profit, in which culture is understood not as a commodity but as a unifying element of a free society.

These lived utopias are not dreams: they are concrete practice. They show that change is possible. And that the future does not come sometime in the future, but begins now, where people come together and take responsibility.

These spaces, initiatives and collectives need respect and support!

CLAIRE CHAULET

We demand an end to the repression that takes place every day on the streets of Berlin – especially against young migrants. We strongly oppose the censorship of cultural workers, remilitarisation and rearmament, and the policy of austerity that destroys public infrastructure while more and more money is poured into police equipment.

We criticise the narrowing and loss of public spaces, whether through politically motivated attacks on places like Oyoum or through financial interests that are driving the sell-off of the city. Berlin needs spaces that are free, supportive and accessible to all – not just those who can afford to buy them.

We demand urban policies that invest public funds in education, culture, social cohesion and climate justice, rather than in violence, deterrence and privatisation. Our city must remain a place where critical voices are heard and not silenced, and where everyone can move freely.

GRENZGÄNGER E.V.

In recent years, Berlin's cultural scene has experienced a considerable setback. As a team, we have been on the precipice of quitting and closing our space. We consider our labour an important aspect in the support of emerging artists who don't find other spaces or channels to show their work. We are against the recent cuts in cultural funding, and we urge politicians to stand up and defend these spaces through active political action and to show their support through financial aid.

THE FIX-O-TEK (THE
QA)



Audio recording for scanning

AMAZONEN IN BERLIN

**I want a house to live my queer Mexican Mixteca life plentiful and freely,
free from your anmeldung that is a fiction and a bad joke, free from
your bureaucracy, free from your racism.**

DATA CRÍTICA

We would like to see politicians recognise and protect urban practices that promote the unconditional participation of all and the diverse use of urban space. The position of non-commercial spaces must be strengthened in this regard.

**DIE NEUE
MACHENSCHAFT**

Political Demands of Transfeminist Migrants from Abya Yala in Berlin

We, SoliSur and Ciudad Migrante, Latin American trans-feminist migrant organisations, raise our voices to denounce the multiple forms of violence that shape our lives in Europe, and to demand policies that recognise our dignity, rights, and contributions in building a diverse and just city.

1. Right to the City and Safe Spaces

- **Guarantee community spaces for migrants and queer communities, free from the risk of eviction or criminalisation. Among these, we also assert our right to free political assembly and our right to demonstrate in public spaces.**
- **Public safety policies must prioritise prevention and protection from racism, transphobia, and xenophobia, rather than punitive policing and surveillance. Recognition of self-managed houses and cultural centres as essential parts of the social fabric, defending diversity and democracy.**

2. Defend and Fund Self-Organised Spaces

- **Secure long-term funding and rent protection for migrant, queer, and transfeminist community houses (like Casa Marielle Franco). Stop evictions and closures of autonomous cultural and political spaces due to austerity or gentrification.**

3. Guarantee the Right to Public Space Without Fear

- **Invest in safe, inclusive, and non-policed public spaces where migrants, queer people, and racialised communities can gather without harassment. Train and resource municipal staff (Ordnungsamt, BVG, etc.) to prevent discrimination and xenophobia in public space.**

4. Intersectional Participation in Urban Policy

- **Establish permanent advisory councils of migrant, queer, and feminist collectives in Berlin to influence decisions on housing, culture, and integration. Ensure that city planning and cultural policies include a transfeminist and post-migrant perspective.**

5. Cultural Recognition and Visibility

- **Fund cultural projects that preserve and promote the memories, struggles, and contributions of migrant transfeminist communities in Berlin. Ensure cultural institutions partner with grassroots migrant/queer groups, not only large NGOs.**

**SOLISUR/ CIUDAD
MIGRANTE**